

Fragen

für die Fragestunde der 126. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 30. September 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 28
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	5, 6	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 26
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	33, 34	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	35, 36
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.)	1, 40
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	31, 32	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	21, 22	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 20
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23	Schauws, Ulle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39
Höger, Inge (DIE LINKE.)	29, 30	Steinbach, Erika (CDU/CSU)	41, 42
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 50	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	48, 49	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12
Janecek, Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 43	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	27
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	44, 45		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ..	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	7
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie...	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

1. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)

Welche Behörden des Bundes und nach Kenntnis der Bundesregierung auch Österreichs waren am Zustandekommen der Entscheidung beteiligt, den regulären Zugverkehr der Deutschen Bahn AG und der Österreichischen Bundesbahnen zwischen Salzburg und München bis mindestens 4. Oktober 2015 einzustellen, was mit der „Flüchtlingskrise“ begründet wurde, wonach die Bahn wegen wieder eingeführten Grenzkontrollen ihren Fahrplan nicht mehr einhalten könne (Süddeutsche Zeitung vom 22. September 2015), und inwiefern steht die Terminierung des (vorläufigen) Endes der Kontrollen auf den 4. Oktober 2015 in irgendeinem Zusammenhang mit dem Zeitraum des bayerischen Oktoberfests?
2. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann wird die Richtlinie Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland im Bundeskabinett zur Entscheidung gestellt, und welche Änderungen werden aufgrund der angeforderten Stellungnahmen der Beteiligten noch vorgenommen?
3. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen sind trotz Abschluss der Anmeldung der Vorhaben für die Aufnahme in den neuen Bundesverkehrswegeplan getroffen worden, um den von Baden-Württemberg gemäß der landeseigenen Priorisierung, die Straßenvorhaben insbesondere nach den Kriterien Kosten, Verkehrsfluss, Wirkung Mensch, Verkehrssicherheit und Wirkung Umwelt, auswählte (<https://mvi.baden-wuerttemberg.de/de/mobilitaet-verkehr/-zukunfts-konzepte/-bundesverkehrswegeplan/verkehrstraeger-strasse/>), nicht angemeldeten Nordoststring um Stuttgart (B29) im Zuge der Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans zu überprüfen, und inwiefern plant die Bundesregierung, diesen Sachverhalt der Öffentlichkeit mitzuteilen?
4. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Gelten alle in der von der Bundesregierung beauftragten Machbarkeitsstudie zur Prüfung eines Deutschland-Takts im Schienenverkehr vorgeschlagenen Infrastrukturmaßnahmen als Projekt-

anmeldungen für den neuen Bundesverkehrswegeplan, und wenn ja, werden die Bewertungsergebnisse von allen diesen Maßnahmen nach Ende der Bewertungsphase als Gegenstand der Öffentlichkeitsbeteiligung im Projektinformationssystem PRINS veröffentlicht werden?

5. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)

Welche Auswirkungen hat nach Kenntnis der Bundesregierung, als Vertreterin des Gesellschafters Bund in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH (FBB) und vertreten im Aufsichtsrat durch zwei Staatssekretäre, der derzeit verhängte Baustopp am Flughafen Berlin Brandenburg auf den geplanten Eröffnungstermin im Jahr 2017, und mit welchen Mehrkosten (durch Umbauten, Verzögerungen etc.) ist angesichts der festgestellten Statikprobleme zu rechnen?
6. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)

Wann wird nach Kenntnis der Bundesregierung das laufende Notifizierungsverfahren bezüglich weiterer Gesellschafterzuschüsse an die FBB beendet sein, und welchen Einfluss haben die bekannt gewordenen Statikprobleme auf dieses Notifizierungsverfahren?
7. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wo sind die Sanktionen nach Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen im deutschen Recht verankert, und welche Maßnahmen zu ihrer Anwendung wurden getroffen?
8. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann hat das Kraftfahrtbundesamt (KBA) von der im April 2015 von der Volkswagen AG (VW) in den USA begonnenen Rückrufaktion von Dieselfahrzeugen mit 2-Liter-Motoren der Baujahre 2010 bis 2014 Kenntnis erlangt, und hat das KBA diese Rückrufaktion zum Anlass genommen, sich mit der US-Umweltbehörde EPA ins Benehmen zu setzen?

9. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung eine Transparenzoffensive der Automobilbranche, wie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (siehe www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/620242/grune-deutsche-autobauer-mussen-reinen-tisch-machen) vorgeschlagenen, die die Offenlegung sämtlicher Informationen zum Stickoxidausstoß aller in Deutschland zugelassenen Dieselmotoren, deren Testergebnisse mögliche Abweichungen zwischen Laborergebnissen und auf Prüfstrecken ermittelten Werten sowie Informationen über Abschaltvorrichtungen beinhaltet, und falls ja, wie sieht der konkrete Umsetzungsfahrplan diesbezüglich aus?
10. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass alle Dieselfahrzeuge in Deutschland, bei deren Typenzulassung manipulierte Software zum Einsatz gekommen sein könnte, zurückgerufen und so umgerüstet werden, dass die Stickoxidgrenzwerte eingehalten werden, und wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung dazu konkret ergreifen (bitte unter Angabe des Zeitplans)?
11. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann ist die Bundesregierung mit den US-Umweltbehörden zum Thema Betrugsfälle von VW in den USA in Kontakt, und welche Maßnahmen wurden im Hinblick auf Abschaltvorrichtungen unternommen?
12. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern werden auch weitere Fahrzeughersteller neben VW daraufhin untersucht, ob sie Abschaltvorrichtungen in ihren Fahrzeugen verbaut haben, und aus welchen Gründen erfolgt dies ggf. nicht?
13. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Untersuchungskommission, die die Manipulationen bei Abgasmessungen an Dieselmotoren untersuchen soll, nur mit dem Hersteller VW beschäftigen (bitte begründen), oder werden die Untersuchungen auch auf mögliche Manipulationen bei Abgasmessungen durch weitere deutsche Automobilhersteller ausgeweitet?

14. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, nach denen sie ausschließen kann, dass neben VW auch andere deutsche Automobilhersteller Manipulationen bei Abgasmessungen, wie VW sie für einen Teil seiner Fahrzeuge zugegeben hat, durchführen oder durchgeführt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

15. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung bereits alle anderen europäischen nationalen Entsorgungsprogramme, die nach der Richtlinie 2011/70/Euratom des Rates vom 19. Juli 2011 über einen Gemeinschaftsrahmen für die verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle der Europäischen Kommission erstmals bis spätestens zum 23. August 2015 vorgelegt werden sollten, vor (ggf. fehlende bitte auflisten), und bei welchen Programmen wird Deutschland einen Antrag auf grenzüberschreitende Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen eines Strategischen Umweltprüfungsverfahrens (Artikel 7 Absatz 1 SUP-Richtlinie) stellen oder nicht (bei Nichtbeteiligung bitte erläutern).
16. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stammt die Sulfat-Belastung der Spree nach Kenntnis der Bundesregierung hauptsächlich aus aktiven oder stillgelegten Braunkohle-Tagebauen, und von welchen möglichen Beeinträchtigungen der Trinkwasserversorgung entlang der Spree geht die Bundesregierung in den nächsten Jahren in diesem Zusammenhang aus?¹

¹ Siehe hierzu auch Frage 50.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

17. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise werden die Bundesländer an der Errichtung des Deutschen Internet-Instituts beteiligt, und in welcher Weise sollen sie an dessen geplanten Schwerpunkten (vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 16. September 2016) partizipieren?
18. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Ausbildung und Anstellung von Flüchtlingen in ihren Betrieben zu unterstützen, und was spricht aus Sicht der Bundesregierung gegen eine zügige Umsetzung der Forderung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Ingo Kramer, (epd vom 23. September 2015: „Arbeitgeberverband: Flüchtlinge mit Lehrstelle nicht abschieben“, epd 150923067) Flüchtlingen mit Bleibeperspektive, einer Lehrstelle und einer garantierten Übernahme durch den auszubildenden Betrieb noch für mindestens zwei Jahre nach Ende ihrer Ausbildung einen gesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland und Schutz vor Abschiebung zu gewähren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

19. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen europäischen Mitteln sollen nach Ansicht des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, die von ihm geforderten 10 Mrd. Euro für die Unterstützung von Flüchtlingen im Einzelnen konkret stammen (zuletzt von ihm im ARD-Morgenmagazin am 23. September 2015 gefordert), und welche konkreten Schritte hat der Bundesminister – abgesehen von der wiederholten öffentlichen Formulierung dieser Forderung – bereits unternommen, um sein Ansinnen zu erreichen (beispielsweise Gespräche mit der Europäischen Kommission oder anderen EU-Mitgliedstaaten)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

20. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Höhe in Euro beläuft sich die Summe der bewilligten, abgerufenen Mittel beim Deutschen Filmförderfonds (DFFF) jeweils nach Jahren differenziert in den Jahren 2007 bis 2014, und auf welche Höhe in Euro beläuft sich die Summe der vom Haushaltsposten des DFFF übrig gebliebenen Mittel, die nicht als Ausgabenreste in den Folgehaushalt übernommen wurden, jeweils nach Jahren differenziert in den Jahren 2007 bis 2014?
21. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von obersten Bundesbehörden und den Nachrichtendiensten (BND und BfV) sowie weitere Personen in Deutschland hatten bzw. haben Zugang zu den sogenannten Selektorenlisten (bitte aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Behörden und unter Nennung der jeweiligen Institution bei den Personen, die nicht beim Bund beschäftigt sind)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

22. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise wird nach Kenntnis der Bundesregierung und derzeitigem Verhandlungsstand der Sport in Deutschland von den geplanten Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA betroffen sein, und wie sind das Bundesministerium des Innern sowie die Sportverbände in die Verhandlungen eingebunden?
23. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Würde die Bundesregierung einem überarbeiteten CETA-Abkommen zustimmen, wenn nicht im Rahmen des „legal scrubbing“ die Passagen, die derzeit dem CETA-Hauptausschuss eine Änderung aller Anhänge – wie die Herausnahme der Ausnahme für die Wasserversorgung aus dem Anhang II – ohne Einbezug des Europäischen Parlamentes ermöglichen (vgl. Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries

auf die Mündlichen Fragen 17 und 18, Plenarprotokoll 18/123), korrigiert werden (bitte begründen)?

24. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung erklären, weshalb eine Einschränkung der laut Kapitel 30 X.03 Absatz 2 des CETA-Vertragsentwurfs sehr weitreichenden Kompetenzen des CETA-Hauptausschusses, auch völkerrechtlich bindende Änderungen an den Annexen vorzunehmen, nicht Bestandteil der Liste war, die die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 14 auf Bundestagsdrucksache 18/5161 gegeben hat, in der konkret und abschließend nach den Punkten gefragt wurde, die aus Sicht der Bundesregierung im Rahmen von Nachverhandlungen zu CETA verändert werden sollten (bitte begründen)?
25. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was wird die Bundesregierung konkret tun, um allen Bundestagsabgeordneten Zugang zum TTIP-Leseraum in der US-Botschaft in Berlin zu ermöglichen, und ab welchem Termin wird dieser Zugang möglich sein?
26. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Jeweils wann im September 2015 hatten Bundesbehörden Kontakt mit den Auftragnehmern des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie beauftragten sogenannten Stresstests des Systems der Rückstellungsbildung (hinsichtlich der Kosten für Atomkraftwerkerückbau und Atommüllentsorgung) der Atomkraftwerke-betreibenden Energiekonzerne (bitte vollständige Angabe des Datums aller solcher Kontakte; vgl. hierzu Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 10, Plenarprotokoll 18/123, S. 11895 f.), und jeweils wann im September 2015 hatten Bundesbehörden im Zusammenhang mit diesem Stresstest auf Leitungsebene Kontakt mit Vertretern der Atomkraftwerke-betreibenden Energiekonzerne (bitte vollständige Angabe des Datums aller solcher Kontakte)?
27. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise besteht aus Sicht der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen dem geplanten Gesetz zur Haftungssicherung für die Atomkonzerne in Sachen Atomrückstellungen und den Ergebnissen des laufenden Stresstests

über die Verfügbarkeit und Höhe der Entsorgungsrückstellungen, und gibt es aus Sicht der Bundesregierung Umstände, die dazu führen könnten, dass ein solches Gesetz zur Haftungssicherung möglicherweise nicht erforderlich wäre?

28. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist es im Bezug auf den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Lieferkettenkontrolle sogenannter Konfliktmineralien die abgestimmte Position der Bundesregierung, dass sich „im weiteren Verlauf der Verhandlungen das BMWi (...) für verbindliche Regelungen einsetzen“ wird (Zitat des Abgeordneten Dr. Sascha Raabe in der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages am 23. September 2015 aus einem Brief des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie an die SPD-Bundestagsfraktion), und wie bzw. wann hat sie diese Position auf EU-Ebene in den entsprechenden Gremien bereits in die Tat umgesetzt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

29. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

In welcher Form hat die Bundesregierung gegenüber staatlichen ägyptischen Stellen um Freilassung des festgenommenen Koordinators der „Bewegung 6. April“, Amr Ali, nachgesucht, und hat sie darüber hinaus Kenntnis von deutschen Staatsbürgern unter den politischen Gefangenen in ägyptischen Gefängnissen?

30. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung angesichts der zurzeit im Fliegerhorst Büchel in der Eifel stattfindenden Neustationierung von 20 neuen Atombomben des Typs B61-12 über für den Bundeshaushalt in diesem Kontext anfallende Kosten, und wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Neustationierung auf das strategische Gleichgewicht in Europa?

31. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung Russlands, dass die Modernisierung der US-Atomwaffen in Büchel den Atomwaffensperrvertrag unterlaufe und Artikel 1 und 2 des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen verletze, und kann sie die Meldung des ZDF-Magazins „Frontal21“ bestätigen, das neue Atombombensystem B61-12 solle auch in die deutschen Tornado-Jagdbomber integriert werden (www.zdf.de/frontal-21/stationierung-neuer-us-atomwaffen-in-deutschland-russland-beklagt-verletzung-des-atomwaffensperrvertrages-40197860.html)?
32. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie genau stellt die Bundesregierung sicher, dass US-Drohnenangriffe, die möglicherweise von Ramstein aus koordiniert werden, konform sind mit dem Völkerrecht, der Menschenrechts-Charta der UNO und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, und sind der Bundesregierung aus Ramstein koordinierte Drohnenanschläge bekannt, die gegen diese Verfassungen verstoßen haben (www.sueddeutsche.de/politik/drohnenkrieg-via-ramstein-die-grundrechte-machen-nicht-an-der-grenze-halt-1.2658096)?
33. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Einschätzung, dass die Modernisierung der im rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel stationierten US-amerikanischen Atomwaffen eine „technische und keine politische Angelegenheit“ ist (Aussage des Sprechers des Auswärtigen Amts, Dr. Martin Schäfer, in der Bundespressekonferenz am 17. Juni 2015) angesichts der vom stellvertretenden Sekretär des russischen Nationalen Sicherheitsrats, General Juri Balujewski, angekündigten Stationierung von ballistischen Raketen des Typs Iskander in der russischen Ostsee-Exklave Kaliningrad als Gegenreaktion auf eben jene Modernisierung (www.tagesschau.de/inland/atomwaffen-fliegerhorst-buechel-103.html), und inwieweit sieht die Bundesregierung in dem vom Deutschen Bundestag im Jahr 2010 beschlossenen Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland (www.zeit.de/politik/deutschland/2010-03/bundestag-atomwaffen-abruestung) entgegenstehenden Aufrüstungsstreben der USA einen Beitrag zur möglichen Eskalation in Europa?

34. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist die Kehrtwende in der Syrien-Politik der Bundesregierung bzw. der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, wonach nun doch auch Gespräche mit Syriens Staatschef Baschar al-Assad zur Syrien-Krise für nötig erachtet werden, Ergebnis der von ihr unterstützten bislang gescheiterten „Regime-Change“-Politik der USA, und inwieweit ist die Kehrtwende in der Syrien-Politik der Bundesregierung bzw. der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Folge der vor dem Hintergrund des durch die „Regime-Change“-Politik möglicherweise verlängerten bzw. verschärften Bürgerkrieges zunehmenden Fluchtbewegungen nach Deutschland (www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-merkel-will-gespraechе-mit-assad-a-1054471.html)?
35. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung im Hinblick auf ihre bisherigen Bemühungen zur Beilegung des Ukraine Konflikts und der bevorstehenden Übernahme des Vorsitzes in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im kommenden Jahr zu der kürzlich von der ukrainischen Regierung verhängten, erweiterten Sanktionsliste gegen natürliche Personen und gewerbliche Unternehmen, und in welchem Umfang sind nach Kenntnis der Bundesregierung auf dieser Liste ggf. immer noch ausländische Journalistinnen und Journalisten aufgeführt?
36. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Welche Vorschläge gedenkt die Bundesregierung zur weiteren Umsetzung der Minsk II-Vereinbarungen und nachhaltigen Stabilisierung des Friedensprozesses in der Ukraine in die bevorstehenden Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland (Normandie-Format) in Paris am 2. Oktober 2015 einzubringen?
37. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Staaten erkennen nach Kenntnis der Bundesregierung den Kosovo nicht an, und wann beendet die Bundesregierung ihre Teilnahme an KFOR (Zeitpunkt bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

38. Abgeordneter
Volker Beck
(**Köln**)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist Frank-Jürgen Weise im dienstrechtlichen Sinne Leiter und Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, und aufgrund welcher rechtlichen Erwägungen hält die Bundesregierung die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder, in der Regierungsbefragung des Deutschen Bundestages am 23. September 2015, Plenarprotokoll 18/123: „Entscheidend ist ja, ob Herr Weise Präsident dieses Amtes werden kann. Ich habe gesagt: Selbstverständlich ist das nach den von Ihnen zitierten Vorschriften möglich, und selbstverständlich leitet der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dann auch das Amt“ für vereinbar mit den Vorgaben des § 382 Absatz 5 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch einerseits, wonach Vorstandsmitglieder der Bundesagentur für Arbeit neben ihrem Amt kein anderes besoldetes Amt ausüben dürfen und des § 2 Absatz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes andererseits, wonach Beamte auf die ihnen zustehende gesetzliche Besoldung weder ganz noch teilweise verzichten können?
39. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird der Schutz von besonders schutzbedürftigen Personen (Frauen und LSBTI) gemindert, wenn Mindeststandards in Flüchtlingsunterkünften abgesenkt werden sollen, wie z. B. Lockerungen im Bauplanungsrecht (Aussage des Bundesministers des Innern, Dr. Thomas de Maizière, bei Spiegel online vom 21. September 2015, „Asylbewerber: De Maizière entschärft geplante Kürzungen für Flüchtlinge“) – , gerade im Hinblick auf die Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte „Effektiver Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt – auch in Flüchtlingsunterkünften“ von 2015, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den spezifischen Bedarf von besonders schutzwürdigen Personen, z. B. abschließbare Hygienräume, zu berücksichtigen?
40. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche Absprachen haben die Außenministerien oder auch andere Behörden Deutschlands, Österreichs und Ungarns bezüglich der polizeilichen Verfolgung von Fluchthelfern auf der Route Ungarn–Österreich–Deutschland im August oder September 2015 getroffen (bitte auch das Datum

der Absprachen und deren etwaige Bekanntmachung mitteilen), und wie viele Personen wurden von Bundesbehörden in den Monaten des Jahres 2015 jeweils wegen Fluchthilfe angezeigt?

41. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/ CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zum Bildungsstand (Anteil von Analphabeten, Vorhandensein von Schulabschlüssen, höheren Schul- bzw. Studienabschlüssen) der in Deutschland in den letzten sechs Monaten registrierten Flüchtlingen?
42. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/ CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zu den jeweiligen Anteilen der männlichen und weiblichen und der vorherrschenden Altersgruppe der in Deutschland in den letzten sechs Monaten registrierten Flüchtlinge?
43. Abgeordneter
Dieter Janecek
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung dem Beitrag der Unternehmen zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Integration von Flüchtlingen bei, und sieht die Bundesregierung dieses Potential voll ausgeschöpft trotz Festhaltens an der Vorrangprüfung und dem zeitlich befristeten Beschäftigungsverbot für Flüchtlinge in der Leiharbeit?
44. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist die Zahl der im EASY-System registrierten Asylsuchenden im Monat September 2015 (soweit vorliegend bitte nach den zehn relevantesten Herkunftsländern und soweit damit nicht erfasst, ergänzend nach den Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien darstellen), und wie viele Anhörungsschreiben und Entscheidungen (bitte differenzieren nach den fünf relevantesten Herkunftsländern) in Bezug auf Aufenthalts- und Wiedereinreiseverbote hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seit August 2015 verschickt bzw. getroffen?
45. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse oder Einschätzungen fachkundiger Bediensteter hat die Bundesregierung in Bezug auf die genauen rechtlichen Grundlagen

des Aufenthalts der nach § 60a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) geduldeten Personen (bitte Gesamtzahl nennen und unter Nennung des jeweiligen Absatzes und Satzes des § 60a AufenthG angeben, wie viele Personen jeweils den dort aufgeführten Duldungsgründen unterfallen), und welche Erkenntnisse oder Einschätzungen fachkundiger Bediensteter hat sie zu Anzahl und Status der nach § 1 Absatz 1 Nummer 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes leistungsberechtigten Personen (bitte Gesamtzahl nennen und soweit möglich genauer nach jeweiligem Status auflisten)?

46. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Angaben macht die Bundesregierung zu ihren Plänen hinsichtlich des weiteren Verbleibs vor, während und nach der Durchführung der Asylverfahren der Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan, die in diesem Jahr auf dem Landweg über Griechenland und andere Staaten ohne dortige Registrierung und längeren Aufenthalt nach Deutschland gelangt sind und hier bleiben wollen, nachdem in den Transit-EU-Mitgliedstaaten die fortgeltenden Regelungen des Schengener Grenzkodex (Verordnung (EG) Nr. 562/2006) und des Dublin-Verfahrens nicht praktiziert wurden, und sollen diese Flüchtlinge insbesondere in ihre Erstankunftsländer wie Griechenland oder die Transitländer wie Mazedonien, Serbien und Ungarn zurückgeführt oder an der beschlossenen Quotenverteilung innerhalb der EU-Länder teilnehmen und verteilt werden?

47. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung, dass sowohl der Generalbundesanwalt Harald Range in der 63. Sitzung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages am 19. August 2015 als auch der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz Dr. Hans-Georg Maaßen, in der 65. Sitzung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages am 23. September 2015 auf die Nachfrage, ob sie zum Zeitpunkt der erstatteten Strafanzeigen Kenntnisse von Veröffentlichungen aus dem Jahre 2014 zu der geplanten Referatsgruppe 3C durch andere Medien (z. B. www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-soziale-netzwerke-100.html) gehabt hätten, angaben, dass sie nichts von diesen Veröffentlichungen gewusst hätten, obwohl jene in dem von Andre Meister am 25. Februar 2015 auf netzpolitik.org veröffentlichten Artikel, der als Grundlage

der am 25. März 2015 erstatteten Strafanzeige diente, bereits am 25. Februar 2015 verlinkt waren (siehe <https://netzpolitik.org/2015/geheimer-geldregen-verfassungsschutz-arbeitet-an-massendatenauswertung-von-internetinhalten/>)?

48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Über welche Informationen über Einsatzorte und -zeiträume sowie anfragende Stellen verfügt das Bundeskriminalamt (BKA) zur Frage, ob die als „Maria Block“ auftretende verdeckte Ermittlerin des Landeskriminalamtes Hamburg auch bei Protesten gegen die NATO in Frankreich eingesetzt wurde, was laut dem Bundesministeriums des Innern nicht vom BKA vermittelt wurde (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 18/6020), laut Medienberichten aber als Auslandseinsatz durchgeführt wurde (taz nord vom 18. September 2015)?

49. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

An welchen EU-Sicherheitsforschungsprojekten nimmt die – auch unter Beteiligung des Bundeskriminalamts (BKA) – gestartete „Meldestelle für Internetinhalte“ (EU Internet Referral Unit, EU IRU) bei Europol mittelbar oder unmittelbar teil, wie es der Anti-Terror Koordinator der Europäischen Union, Gilles de Kerchove, in einem Strategiepapier schildert und beschreibt, diese Programme sollten die Auswertung offener Quellen und das „Erkennen von Propaganda“ (propaganda detection) im Internet automatisieren (www.statewatch.org/news/2015/sep/eu-council-implementation-plan-12139.-15.pdf; bitte die Namen der Projekte und deren Ziele kurz skizzieren), und inwiefern sind auch die beiden vom BKA geführten Projekte des Europol-Aktionsplans Cyberkriminalität „Internetauswertungs koordinierungsgruppe“ sowie „Maßnahmen gegen inkriminierte Kommunikationsplattformen“ mittelbar oder unmittelbar in EU-Sicherheitsforschungsprojekte eingebunden bzw. profitieren von deren Ergebnissen (bitte die Namen der Projekte und deren Ziele ebenfalls skizzieren)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

50. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird sich die Bundesregierung finanziell im Rahmen der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) an der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung entlang der Spree beteiligen, die an verschiedenen Orten durch Sulfate aus dem Braunkohle-Tagebau gefährdet ist (www.tagesspiegel.de/berlin/sulfate-und-eisenocker-trinkwasser-fuer-berlin-in-gefahr/11530546.html)?²

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

51. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Vorhaben der kalifornischen EPA (Environment Protection Agency), Glyphosat als „kanzerogen“ zu klassifizieren und zu labeln, und befindet bzw. befand sich das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) im Austausch mit der ECHA (European Chemicals Agency), die für die Entscheidung zuständig ist, ob die IARC-Einstufung (IARC: International Agency for Research on Cancer) als „wahrscheinlich krebserregend“ auf EU-Ebene übernommen wird?
52. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche sofortigen Konsequenzen erwägt die Bundesregierung in Bezug auf die, für die gesamte EU-Risikobewertung von Glyphosat zuständige Behörde, das BfR, deren Mitarbeiter sowohl die JMPR-Berichte (2004 und 2011; JMPR: The Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues; FAO: Food and Agriculture Organization of the United Nations; WHO: World Health Organization) als auch die EU-Bewertungsberichte (1998 und 2013) zu Glyphosat federführend verfasst haben und dem Pflanzenvernichtungsmittel immer Harmlosigkeit bescheinigt haben – auch noch, nachdem die IARC Glyphosat im März 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft hatte, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus, dass immer mehr

² Siehe hierzu auch Frage 16.

Fehler bekannt werden, was die Auswahl – und v. a. den Ausschluss – von Studien betrifft, die bei der Bewertung von Glyphosat im Renewal Assessment Report des BfR berücksichtigt wurden (www.who.int, Bericht der Task Force zu Diazinon, Glyphosat und Malathion)?